

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Kegelmäßige Feiertage „Der Kaiser aus Berlin“, „Die Spinnkade“. Bezugspreis: Bei den Verkäuflichkeiten vierteljährlich M. 2.40 hinzu tritt noch das Beleggeld; bei der „Neuen“ monatlich 65 Pfg. einschließlich Tragerlohn. Anzeigen: Grundsatze 20 Pfg., soziale 20 Pfg., Anzeigen von auswärts werden durch Postnachnahme erhoben. E. Müllerstr. 11, Berlin. Druckerei: „Die Zeit“, Unter den Eichen 12. Fernsprecher 43. Verlagsnummer M. 1453. 1. u. 2. Klasse a. M.

Hetziger Feuerkampf bei Verdun.

Der Waffenstillstand mit Rumänien verlängert. — 18000 Tonnen versenkt. — Der Fall Daimler-Werke im Reichstag.

Der deutsche Generalstab meldet:

W. E. G. Großes Hauptquartier, den 20. März, Antlitz.
Weltlicher: Kesselschlag.
Seeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutlicher Kronprinz.
Zwischen der Küste und dem La Bassée-Kanal dauerte die heftige Gefechtsaktivität fort. Das in diesen Abschnitten am Morgen abflauende Artilleriefeuer nahm am Nachmittag wieder an Stärke zu. An der übrigen Front lebte die Gefechtsaktivität nur in den Abendstunden hauptsächlich vor Cambrai, zwischen Dyle und Aisette, nördlich von Ferry au Bac und an einzelnen Stellen der Champagne auf.
Seeresgruppen Gallwih und Herzog Albrecht.

Der Feuerkampf bei Verdun ging heftig weiter. Die beiderseitigen Artillerien betämpften sich vielfach mit größerem Munitionseinsatz. Nordöstlich von Bures brachte ein Angriffswortnehmen Gefangene und Maschinengewehre ein. Starke Tätigkeit entwickelte der Feind im Parrotwald. Das von lebigen Störzen an gefeierte Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den Abschnitten von Namont und Sablonnières war die französische Artillerie tätig.

Dienstag.
In der Ukraine haben württembergische, zur Säuberung der von Dnepropol nach Nordosten führenden Bahn vorgehende Truppen bei Nowo-Ukrainka stärkere Banden im Kampfe vertrieben.

Der vertragsgemäß am 19. 3. abgelaufene Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis zum 22. 3. mitternachts verlängert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 21. März, abends. (W. E. G. Antlitz.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Auch bei Verdun ließ der Artilleriekampf bei Regen und Nebel an Heftigkeit nach.

Der österreichische Generalstab meldet:

Wien, 20. März. (W. E. G. Antlitz.) Antlitz wird verlautbart: Keine besonderen Kampfhandlungen. Der Waffenstillstand mit Rumänien ist bis zum 22. März verlängert worden.
Der Chef des Generalstabes.

Das türkische Hauptquartier meldet:

Konstantinopel, 19. März. (W. E. G. Nichtamtlich.) Tages-
An der Balkanfront steigerte sich das Artilleriefeuer an einzelnen Stellen des westlichen Abschnittes zu großer Heftigkeit.

18000 Tonnen versenkt.

Berlin, 19. März. (W. E. G. Antlitz.) U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18000 Tonnentorpedos. Ein tiefseeabener bewaffneter Dampfer wurde an der englischen Küste aus stark geschädigtem Geleitzuge herausgeschossen. Ein anderer Dampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung, versank augenblicklich nach der Torpedobootstation.
Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Armee Gallwih.

Die „Zücher Post“ meldet, daß die französischen Militärscheife in der Ernennung des Generals Gallwih zum Führer einer Seeresgruppe an der Wesel wieder ein Verzeichnis des unmittelbar bevorstehenden Angriffs erbliden und darüber starke Erregung zeigen. Man sieht sich in der Annahme bekräftigt, daß

Gallwih in Deutschland ähnliches Ansehen genießt wie Hindenburg. Gallwih könne wahrscheinlich als Führer des kommenden Frühjahrsoffensives betrachtet werden.

Heldentod deutscher Flieger.

Bern, 20. März. (W. E. G.) Dem „Matin“ zufolge wurden die nach dem zweiten Luftangriff auf Paris abgeschossenen deutschen Flieger Graf Scheibler aus München-Gladbach, Leutnant Freiherr von Reinlingen und Feldwebel Wolf aus Oldenburg vorgezogen auf dem Friedhof von Chateau Thierzy befristet.

Kein weicher Friede!

Kiel, 19. März. (W. E. G.) Auf das Begrüßungstelegramm des hier tagenden Schleswig-holsteinischen Provinziallandtages ist folgende Antwort des Kaisers eingegangen:

Dem Schleswig-holsteinischen Provinziallandtag sage ich von Herzen Dank für den Huldigungsgruß, aus dem ich mit Freude seine Zuversicht und das Gelübde der Provinz zum Aufstehen entnehme. Unser deutsches Schwert hat sich bisher als bester Schutz erwiesen und wird es bleiben in dem kommenden schmerzlichen Entscheidungskampfe. Das Heimatheer in Stadt und Land meiner treuen Provinz Schleswig-Holstein wird, des bin ich gewiß, der unermüdlichen Arme und der unzerbrechlichen Feinde den Lebensatem raubenden Kampfe treu zur Seite stehen. Der Siegespreis soll und wird uns nicht fehlen. Kein weicher Friede, sondern einer, welcher den Interessen Deutschlands entspricht. Das wolle Gott! Wilhelm II.

Herzogtum Litauen.

Berlin, 20. März. Die Entscheidung über das weitere Schicksal Litauens steht wie die „Tag. Wdh.“ hört, in kürzester Frist bevor. Vor allem ist der Beisatz des litauischen Landesrats vom 9. Dezember 1917 anerkannt worden. Die mit den Verhandlungen beauftragten Litauer haben diesen Beisatz dahin bindend erwidert, daß Litauen sich mit seinen 7 1/2 bis 80 vom Hundert Katholiken einen katholischen Staat mit katholischer Fürsorge schaffen wolle, daß dieser katholische Fürst ein deutscher Fürst sei solle, daß in erster Linie ein litauischer Herzog in Frage käme und dieser Herzog bereits seinen Willen kundgegeben habe, daß er dem Kaiser Folge leisten werde. Weiter wurde bindend zugesagt, daß der Staat sofort und für ewige Zeiten im engsten Bündnis mit dem Deutschen Reich zu stehen wünsche. Jeder Gedanke einer persönlichen Vereinigung der litauischen Krone mit einer anderen werde nach Behauptung der Litauer vom ganzen Volke abgelehnt. Das Blatt glaubt versichern zu können, daß über alle diese Punkte zwischen der obersten Seeresleitung der politischen Reichsleitung und der derzeitigen geschäftlichen Vertretung des litauischen Volkes volle Einigkeit besteht, und daß dieses Unternehmen nunmehr in kürzester Zeit seine öffentlich-rechtliche Form erhalten dürfte.

Finland.

Stockholm, 19. März. (W. E. G.) Wie das „Aftonbladet“ aus Waasa erklärt, ist das Hauptquartier der Weissen Gardisten heute nach Hoopameki verlegt worden. Nach den gleichen Quellen ist an der ganzen Front eine große Schlacht im Gange. Bei Wäpysala gingen die Weissen Gardisten zum Angriff über. Drivö und einige andere Orte wurden bereits von ihnen eingenommen. Inzwischen fahren die Roten Gardisten mit ihren Gewalttaten gegen die Bevölkerung fort. Nördlich von Björneborg wurden in einer Jobritz fast alle Beamten ermordet. Man hatte sie vorher haruf in den Schnee getrieben und in Keller eingesperrt, von wo sie dann halboberrecht wieder herausgeholt wurden, um niedergeschossen zu werden. Ebenso wurden auch wieder mehrere Gutsbesitzer ermordet. Ein großes Geschäftshaus in Abo wurde vollkommen ausgeplündert, wobei dort allem Frauen mit halfen.

Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe.

London, 20. März. (W. E. G. Nichtamtlich.) Das Reichliche Bureau erfährt, daß der englischen Regierung bis gestern vor mittig noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten zugegangen war. Es lag auch weder eine Befätigung des britischen Gesandten in Haag, noch eine des niederländischen Gesandten in London vor, daß die nieder-

ländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Notifikation nach dem Haag gelangt worden, nach der die Alliierten mangels der unabweislichen Annahme der Note der Alliierten zu der sofortigen Beschlagnahme der Schiffe schreiten wollten. Da ein Telegramm aus Holland den Anschein erweckte, als habe die Regierung der Niederlande die Note der Alliierten angenommen, so sollte von neuem betont werden, daß der bloße Versuch der übergebenen Annahme dem modus vivendi vom vergangenen Januar leitens Hollands der Sachlage nicht gerecht wird, da sich die Situation von Grund aus geändert hat.

Rumänien.

Die Politik Marghilomans.
Wien, 20. März. (W. E. G.) Nach einer Meldung des Wiener k. u. k. Bureau meldet die Wälder, daß der neue rumänische Ministerpräsident Marghiloman ein Bündnis mit den Mittelmächten anstrebe. Sie äußern sich kompromittiert zu diesem Plan und erkennen in ihm sowohl den Beweis, daß Rumänien eingeleitet hat, wo kein wahrer Vorteil liegt, wie auch dafür, daß es den abzuschließenden Frieden ebenfalls als einen Verständigungsfrieden betrachte. Die rumänische Regierung würde ein Bündnis kaum erstreben, wenn sie den kommenden Friedensschluß als eine Demütigung oder Bedrohung der Lebensinteressen Rumäniens ansehe.

Luftverbindung mit der Ukraine.

Wien, 20. März. (W. E. G.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: In den nächsten Tagen wird die Luftverbindung zwischen Wien und Kiew mit Etappenstationen in Krakau und Lemberg, ferner der Luftverkehr von Budapest über Bukarest nach Odessa und vielleicht nach Konstantinopel eingerichtet werden. Bereits soll die neue Luftverbindung zur dienstlichen Vermittlung der Post zwischen den Zentralstellen und den Zwecken der Getreidekommission des Grafen Forstch dienen. Nach kurzer Erprobung soll die Luftpost für den öffentlichen Postverkehr frei gegeben werden.

Eiuberfungen in Japan.

Kyoto, 19. März. Der „Herald“ meldet aus Tokio: Die Regierung hat am 16. März sieben Jahrgänge einberufen und über die japanischen Hafenplätze den Belagerungszustand verhängt.

Deutsch-französische Vereinbarung über die Errosaelangeuren.

Bern, 18. März. (W. E. G.) Nach Mitteilungen des politischen Departements mit Noten vom 16. März haben der französische Botschafter und der tschechisch deutsche Gesandte dem Bundespräsidenten mitgeteilt, daß ihre Regierungen dem im Verlauf der in Bern gepflogenen Verhandlungen aufgetretenen Entwurf einer Vereinbarung zwischen der deutschen und französischen Regierung über die Kriegsgefangenen genehmigt haben. Diese Vereinbarung ist demnach in Kraft getreten.

Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 20. März.)
Fall der Daimlerwerke.

Der Ausschuss befragt durch den Berichterstatter Abg. P. Lehmann, Entschlüsse auf Überwachung der Geschäftsbücher und anderen für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen, Errichtung von Kontrollstellen bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine und auf Beschaffung einer Zentralprüfstelle für Kriegslieferungen, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit aller einzelnen Beschaffungsstellen zu überwachen.
General von Weisberg: Die Verantwortung für den vorliegenden Anträgen hat die Daimlerangelegenheit gegeben. Ich wende mich hierzu. Was die strafrechtliche Seite der Angelegenheit angeht, so ist seitens der Staatsanwaltschaft in Stuttgart das Strafverfahren wegen verlustigen Betruges und Kriegswahrs eingeleitet worden und das Schreiben der Firma, in dem die Seeresverwaltung eine Drohung mit Betriebsbeschränkung sah, ist durch die genannte Staatsanwaltschaft dem Oberreichsanwalt zugeleitet worden zur Prüfung, ob darin etwa verlustiger Landesverrat zu erblicken ist. Die Seeresverwaltung

muss es sich verlassen, aber die hauptsächliche Seite der Frage zu urteilen, solange das Verbot nicht abhebt.

Sichtlich der Erklärung der Daimler-Gesellschaft vom 11. März 1917 ist eine Erklärung ab, in der es heißt:

Wenn dort die Drohung mit einer Einstellung des Betriebes in Abrede gestellt wird, so wirkt man sich gegen diese Abrede, die gar nicht erhoben worden ist. Der Verlust des den Gerichten übergebenen Schreibens läßt gar keinen Zweifel darüber zu, daß es sich um ein Ultimatum handelt, das die Einflüsse des Betriebes andeuten, sollte die geforderte Preiszahlung nicht in aller Kürze eintreten. Es ist stets anzunehmen, daß die Daimlerwerke hohe Qualitätsanforderungen stellen, was wohl weniger der kaufmännischen Leistung als der technischen Leistung und der Arbeitsschicht zu danken ist. Gerade wegen der hohen Leistungen des Werkes ist es aber im Interesse der öffentlichen Sicherheit, einer Einschränkung der Produktion vorzuziehen. So wurde dieses Schreiben, in welchem gleichzeitig und einheitlich die seit länger Zeit immer wiederholte Forderung der Preisermäßigung, betreffende Kalkulationen vorzulegen, ebenfalls wurde, der kaiserlichen Anstalt, aufgrund des § 96 des Preisermäßigungs-Gesetzes einzuwirken. Wenn die Firma nun weiter, wie sie erklärt, einige Tage länger ihre Prüfung auszuführen zusehensommen hat, so war diese Prüfung nicht nur erfolgt unter dem Druck der Bestimmungen des Preisermäßigungs-Gesetzes, um die Willkür abzuwenden. Die Daimlergesellschaft wendet sich ferner gegen die in den Zeitungen wiedergegebene Ansicht, der Preisermäßigung. Daimler habe 50 Prozent Preisnachlass gefordert. Die Firma behauptet, nur zehn Prozent gefordert zu haben. Dies war allerdings ihre letzte Forderung, es wird aber übersehen, daß der Kommissar der Preisermäßigung im Hauptantrag nicht von 50 Prozent auf die letzten Preise gesprochen hat, sondern von etwa 50 Prozent auf die zu Beginn des Krieges tatsächlich gezahlten Preise. Die geforderte Preisermäßigung betrug im ganzen gegenüber den genannten Friedenspreisen auf Motoren etwa 41 Prozent, auf Kraftteile 71 Prozent, so daß sich im Durchschnitt etwa 50 Prozent Ersparnis ergaben. Dies war zur Richtschnur. Ein weiteres Einsehen darauf hält die Preisermäßigung derzeit nicht für zweckmäßig. Man hat die Preisermäßigung den Voraussetzungen gemacht, daß sie nicht sehr genau ausgerechnet habe. Die Preisermäßigung hätte jedoch ihrer Ansicht nach erst Veranlassung und Recht zum Einsetzen, als die Preisermäßigungs-Bestimmungen der Firma in Frage gestellt wurden. Die Preise geben einen ausreichenden Anreiz zum Einsetzen, da sie nach der Berechnung der Preisermäßigungsstelle, soweit eine solche Berechnung ohne genaue Unterlagen möglich war, nicht zu hoch waren. Die Preisermäßigung trägt auch kein Bedenken, in Zukunft im gegebenen Maße die Preisermäßigung auf solche wie den vorliegenden anzuwenden. Dementselbst griff die Preisermäßigung ein, als die Preisermäßigungsstelle der Firma herunterzusetzen drohte. Sie sprach die Ansicht des erlassenen Besandes der Staatsanwaltschaft, teilte das Schreiben der Firma vom 12. Februar dieses Jahres dem Reichsanwalt zu und stellte den Betrieb unter militärische Aufsicht. Die Preisermäßigung hat getan, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit nötig war. Sie hat nichts zu verschaffen und will nichts verschaffen. Klacht muß in allen Punkten abgewiesen werden und wird abgewiesen werden. Man laße aber den Richter sprechen und stelle ihn nicht vor. (Beifall.)

Abg. Erbacher (Str.): Die deutsche Industrie hat glänzendes geleistet. Deutschland hat den Krieg nicht demütigt, das geht offen daraus hervor, daß es nicht einmal die nötigen Rohstoffe hatte. Wenn nicht die glänzenden Erfindungen zum Ersatz von Stoffen, Gummi usw. gemacht werden würden, wären wir längst erledigt. Die Preise dürfen sich so nicht weiter entwickeln. Wir gefährden damit unser ganzes Wirtschaftswesen nach dem Kriege, wir können nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Besonders unerlässlich ist die Preissteigerung für Holz. Da können doch nur die Löhne des Schloßers so teuer geworden sein. Weiß haben Gelanens diese Arbeit aus. In der Preispolitik haben die Kriegsgesellschaften mit schlechtem Beispiel voran. Die Zurückforderung der Währungsrente ist alsbald in die Wege zu leiten. Die Erfüllung durch die Kriegsgemeinschaft genügt nicht. Der Reichstag muß künftig sein Budget und Kontrollrecht mehr als bisher ausüben. Ich, wie zur neuen Kriegsanleihe anzuregen wird, muß die Gewissheit geben werden, daß das Geld sparsam auszugeben wird. (Beifall.)

Generaldirektor v. Couperle. Es soll bei Kriegsausbruch möglichst große Mengen Rollen und Munition und sonstiges Kriegsmaterial in kürzester Zeit zu beschaffen. Bald nach Beginn des Krieges mußte die Organisation der Beschaffungsstelle neu aufgebaut werden.

Abg. Koste (Sag.): Die geforderte Bundesratsverordnung, die der Daimler, soll nicht nur ein Unternehmen treffen, das einen industriellen und gemeinnützigen Zweck verfolgt, sondern alle, die während des Krieges, während der Not des Volkes sich Rückgewinn zu verschaffen gesucht haben, während auf dem Volk eine Schwere lastet von 120 Milliarden liegt, kommt eine dünne Schicht hauptsächlich im Gotte. Viele Millionen hätten eripiert werden können. Das Verbot muß jetzt nachschol werden. Die Ursachen der modernen Kriege müssen beseitigt werden. Deshalb suchen wir den Kapitalismus so sehr als möglich niederzurufen.

General von Schuch. Abg. Koste hat die Tätigkeit einer Reihe von Industriellen in den Kriegsjahren bewundert. Wir haben den Daimler nachgehört und den kaufmännischen Geist bei uns einwirken lassen. Abg. Koste will ihn nun jetzt wieder herabsuchen. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung Freitag, 12 Uhr. Anträge, Nachtragsanträge, Friedensverträge und Fortsetzung.

Parlamentarisches aus Hessen.

Zweite Kammer der Stände.

RMK. Darmstadt, 19. März. Die Zweite Kammer legte heute unter Präsident Köhler die Beratung des Hauptantrags vor.

Zunächst wird Kapitel 1, Kasse aus früheren Jahren, ohne Ausprüche genehmigt. In Kapitel 2, Kommerz und Post-

güter, wird zunächst die Fortsetzung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, betr. Zuschuß zu den Teuerungszulagen für das Teuerpersonal des Groß-Höfchens.

Abg. Dr. Weber (Bdd.) begründet seinen mit dem Abg. Brauer gestellten Antrag betr. die Errichtung eines Geschäftsbüros und weist darauf hin, daß aus unserem etwa 60 000 Hektar großem Hochwald etwa 6 Millionen Festmeter Holz geschlagen werden könnten, was eine Einnahme von 50 bis 60 Millionen Mark bringen würde. Daraus könne ein Drittel Brennholz herausgearbeitet werden; von diesem Betrag könne man zum Ausgleich der möglichen Konsumtion eines Waldes schaffen. Er beantragt daher unter Abänderung seines Antrages seine nachmalige Beratung im Auschuß; dies wird beschlossen.

Abg. Grünwald (Zell.) wünscht bessere Kultivierung des Hochwaldes.

Geb. Staatsrat Witzand überlegt die Ausführungen des Vorredners.

Abg. Dr. Weber (Bdd.) führt aus, daß man vielach den schlechten Boden aus profunden Gründen mit Nadeln bepflanzen. Empfehlenswert sei aber die Anlegung mehr gemischter Wäldungen.

Abg. Brauer (Bdd.) weist auf den großen Ertrag aus den Hochwäldern aus Oberhessen hin, auf den Oberhessen gerade so wie Rheinhessen auf seinen Wein, Holz sein kann. Er lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die jetzt besonders große empfindliche Schädigung der am Waldesrand liegenden landwirtschaftlich benutzten Grundstücke durch Schädigung und Ausrottung der Waldbäume. Es sei mehr wie je bisher von Seiten der Forstverwaltung anzustreben, daß Waldwege an den Rand des Waldes gezeit werden, und wo dies nicht möglich sei, eine wirksame Ausattung der Randbäume vorzunehmen.

Finanzminister Dr. Becker erklärt, dem Antrag Dr. Weber und Brauer stehe die Regierung sympathisch gegenüber.

In Kapitel 7a, Braunfelsheim und Kreisamt Ludwigsburg fordert Abg. Treidenbach (Bdd.) vermehrte Bestellung von Braunfelsheim im Interesse der umliegenden Bevölkerung, welche wenig Holz habe.

Abg. Porck (Bdd.) unterstützt diese Ausführungen, da die dortigen Gemeinden auf die Preissteigerung eingezichtet seien; die Verwaltung möge dieses Gefühl unterstützen.

Abg. Treidenbach (Bdd.) beklagt sich noch über die ungleiche Verteilung der Preistaxe in die Gemeinden. Eine lebhafte Debatte entspannt sich über die Staatsbahnen. Von verschiedenen Seiten wird eine Revision des Vertrages angelehrt, die Regierung sieht eine Notwendigkeit nicht ein. Ohne sachliche Gründe könne man eine Prüfung nicht vornehmen.

Abg. Kroll-Engerod (Bdd.) hofft, daß der hessische Finanzminister J. Z. seine Schuldigkeit tue, damit die alljährlich vornehmten Wünsche in Erfüllung gehen. Ein Weg zur Revision sei mit einem Anschlag der Bahnen in Kurland, Litauen und Polen gegeben.

Bei der Befreiung der Teuerungszulagen wird von den Abg. Reh und Wiegand die Freilassung beantragt.

Finanzminister Dr. Becker sagt, die durch die Zulagen veranlasste Erhöhung in den Steuerstellen ist nicht von Bedeutung. Die Steuerfreiheit des Beamten und der Pensionärstellen sei die unbedingte Folge des Antrages. Man müsse sich eben nach den hessischen Verhältnissen richten. Sachliche Gründe für die Steuerfreiheit gibt es nicht. Die Erhöhung unter den Beamten sei nach seiner Überzeugung nicht vorhanden.

Abg. Dr. Djan erklärt, daß man bei Bemüßigung der Teuerungszulagen im Finanz-Auschuß der Meinung gewesen sei, daß diese Zulagen den Beamten vollständig zugute kommen würden.

Abg. Brauer glaubt, daß die von dem Vorredner angeführten Fälle nur Ausnahmen seien. Es sei beachtlich, daß von jenen der Beamtenorganisationen jetzt eine derartige Gegenstimmung geschaffen werde. Man habe bei der letzten Bemüßigung schon auf die Befreiung Rücksicht genommen und kann event. bei der nächsten Bemüßigung Rücksicht nehmen. Man betrachte die Beihilfe als einen Teil des Gehaltes.

Schluß nach halb 2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

RMK. Darmstadt, 20. März.

Es wird zunächst in die Generaldebatte über das Staatsministerium eingetreten.

Staatsminister Dr. v. Ewald befragt zunächst die Stellen der verschiedenen Redner zu dem hessischen Wahlrecht und erklärt, daß sich unsere Bestimmungen bisher bewährt haben und daß man die Erfahrungen, die man jetzt mit anderen Vorschlägen in anderen Staaten mache, abwarten müsse. Einer überstürzten Revision des Wahlrechts widerstrebe die hessische Regierung. Er betonte dann unsere gute Kriegslage und sprach die Hoffnung aus, daß die 8. Kriegsjahre wieder einen guten Erfolg haben werde.

Abg. Calmann (natl.) befragt unsere allgemeine gute Lage, stellt fest, daß wir den Krieg bisher gut überstanden haben. Wir sind aber für die Zukunft gezwungen und größerer Sparsamkeit und Einhaltbarkeit zu befehlen. Die Parteien müßten hierin mit beider Beifall vorangehen. In der Kammer habe vor Seinen vielen geleistet, aber der Landesfürst solle alle Landesteile gleichmäßig behandeln.

Abg. Kroll-Engerod (Bdd.) begrüßt die Ausführungen des Staatsministers in Bezug auf die innere Einigkeit, möge auch die Regierung hierin ihre Schuldigkeit tun. Die Stellung der Regierung zu dem Wahlgesetz könne er billigen. Er begrüßt dann die großen Erfolge, die er aus eigener Erfahrung kennt. Hier sind den Zentralmächten große Aufgaben gestellt. Es sind keine großen Neuauflagen gestellt, der abgeschlossene Vertrag mit den Oststaaten sei aber für die Zukunft von großer Bedeutung. Er begrüßt die Rede des Reichsanwalters in diesen Fragen. Man wolle selbständige Staatswesen haben, aber im engen An-

schluß und gewisser Abhängigkeit zu Deutschland, die hessische Regierung möge diese große Politik unterstützen.

Abg. Noack (Soz.) widerspricht den Ausführungen des Staatsministers und des Abg. Kroll-Engerod.

Minister von Hammerl geht auf das Kriegswirtschaftsmanagement näher ein und stellt gegenüber den Wünschen des Abg. Heinrich fest, daß nach den Erklärungen des Staatssekretärs des Wirtschaftsamtes v. Waldow mit Rücksicht auf die knappen Vorräte eine Anwendung nicht unzulässig sei. Bei der verteilten Veranschlagung der Landwirtschaft bei der Verteilung sei eine Ausdehnung des Handels keineswegs beabsichtigt. Der Schleichhandel wurde von Kassel an planmäßig bekämpft, man könne ihn wohl gesehentlich eindämmen aber niemals unterdrücken. Mit offen Mahnreden des Kreisnährungsamts sei man nicht einverstanden, doch habe man alle möglichsten Mittel durchzuführen. Die durchgeführten Zwangsmaßnahmen zur Bekämpfung von Lebensmittel seien nur behauertlich aber im Interesse unserer Bevölkerung nicht zu vermeiden. Mit den Kartellvorräten reiche man aus, müsse aber sparsam damit umgehen. Die Fleischversorgung werde durch die knappen Futtermittel stark beeinträchtigt und werde voraussichtlich noch unzulässiger werden. Die Lebensmittel sei mit bestem Erfolge durchzuführen (??) worden und trotz der großen Schwierigkeiten habe die Verteilungstelle 9 184 251 Eier verteilt können. Die Milch-, Butter- und Fettversorgung leide auch durch die Futtermittel, doch habe man gewissen Erfolg durch die Mangelstoffe erfahren. Erfolgreich sei die Preisgabe der Wälder, welche durch Wasser getrieben werden. Dank schulde besonders auch den Frauen auf dem Lande, welche schwere Aufgaben zu erfüllen hatten. Man werde das nach dem Kriege anerkennen. Wir jetzt arte es auch in der Heimat durchzuführen, damit unter baldiger Siegen immer und voller werde.

Abg. Brauer (Bdd.) befragt das Vorgehen der Regierung bei Erfassung der Lebensmittel, doch werde zu wenig auf die Schwierigkeit der Erzeugung geachtet. Die Durchführungen solle man abschaffen. Die Erzeugung sei in Wahrheit des Arbeiter- und Dingenittelmanns sehr schwierig. Dabei sei der Preis für Brot, Getreide und Butter bei uns höher, wie in irgend einem anderen Kulturland. Nicht gelte es in Einigkeit sich über alle Schwierigkeiten sich zu verständigen.

Abg. von Helldorf nimmt den Dank des Ministers an die Provinz der Landwirtschaft gerne entgegen, hätte aber gemeint, daß die Regierung mehr Wert auf die Produktion in der Landwirtschaft lege. Er kritisiert dann in klarer Weise das Verhalten der Regierung und der Kommunalverbände in der Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte und nimmt scharfe Stellung gegen die verarmten Stellen über die unzureichenden Maßnahmen und Strafdrohungen bei der Viehbeschlagnahme, welche viel unzulässiger sei wie in den Nachbarstaaten. Nicht sei man an die Kommunalverbände vollständig ausgeliefert, obwohl dort nicht wenig oder gar keine Sachverhältnisse seien. Die Preisfreiheit müsse ein Ende gemacht werden, sonst werde man erliche Gegenmaßnahmen durch Nichtbewilligung der betr. Räten im Ministerium ergreifen. Er bittet dringend um baldige Maßnahmen, damit man beim nächsten für die Kriegsanleihe eine bessere Meinung verfolge.

(Wir werden auf diese Rede noch ausführlich zurückkommen. Die Schriftleitung.)

Landeskommissar Müller erwidert, daß in die Verbände auch Sachverständige zuzuziehen werden und daß durch die neuen Bestimmungen große Erleichterungen eintraten seien. Aufhörend sei, daß in Hessen, die den Kampfen fast unwidrig sind, die Versorgung viel schlechter sei. In Oberhessen werden etwa die Vorarbeiten leicht erfüllt. In der Kreisdeberer Verammlung sei viel übertrieben worden. Er bedauere die dort erfolgten persönlichen Angriffe.

Schluß der Sitzung 14 Uhr. Fortsetzung Donnerstag 9 Uhr.

„Meyner Bilt.“

Wir haben längst einen Artikel aus den „Frankfurter Nachrichten“ übernommen, wonach die Landwirte von Salla gen (Rheinbessen) sich geweigert hätten, dieses Jahr Strohbesen aufzunehmen, weil sie mehr Eier abblenden wollten, als die Hühner legten. Genanntes Blatt bringt nunmehr eine langatmige Entsagung der Einfuhrgesellschaft für das Großhändlerwesen von Mainz, der wir nur folgende bezeichnende Stellen entnehmen. „Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, daß die Einfuhrgesellschaft im Großhändlerwesen Hessen, also auch in der Gemeinde Gensingen, in diesem Jahre mehr Eier abblenden hätten, als die Hühner legten. Im Gegenteil ist gerade in diesem Jahre durch die hessische Verordnung auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Einfuhrhalter in weitgehendem Maße Rücksicht genommen worden, indem für jeden Einfuhrhalter nicht seinen Haushaltsmitgliedern für den Kopf 40 Eier freigelassen wurden.“ Es wird dann weiter angeführt, daß die Landwirte in Gensingen im vorigen Jahre zu wenig Eier abgeliefert hätten und gedrückt. Das Verständnis für die Wünsche gegenüber der Allgemeinheit scheint bei den Einfuhrhaltern der Gemeinde Gensingen völlig zu fehlen. Die Staatsanwaltschaft wird in diesen Einfuhrhalten das Verständnis werden lassen, denn ein großer Teil dieser 103 Einfuhrhalter wird mit ganz erheblichen Geldstrafen für die Nichtablieferung im Jahre 1917 zu rechnen haben.“ Aus diesen Worten spricht so recht der Geist der Anmohung. Man sieht in der „Einfuhrgesellschaft“ und der „Landeseierstelle“, beide zu Mainz, hat bereits vollständig der Gedanke des Kommunismus, der Gütergemeinschaft, Platz gefaßt. Nicht die Landwirte, sondern die Eier der Allgemeinheit, wie man doch vernünftiger Weise annehmen sollte, sondern die Eierstelle läßt den Landwirten allernächst 40 Eier, notabene, wenn die Großhessischen Hühner 60 Eier legen. Tun sie das nicht, dann „gibt“ man den Bauern weniger wie 40 Eier, denn die 60 Eier für die übrigen Hühner gebührt der Landeseierstelle, ansonsten kommt der Bäcker und nimmt die

Graue Gefahren.

Roman aus der Gegenwart von R. Gontard-Schulz.

„Gleich wilden Sturmwinden flohen ihre Gedanken hinüber über den Kanal. Der Bapal, das er so etwas tat! Als der Jubelgriff alles Bösen, Bösen war er ihr immer erdrückend.“

„Aber mit solchen Mitteln arbeitete man, um die verhassten Deutschen unterzuzufrieden.“

„Dann brauch ich wirklich nicht mehr stolz auf mein Engländerium zu sein.“ murmelte sie in die Rissen.

Am Tage des nächsten Tages änderte sich das Wetter. Ein schwarzer Schwind setzte ein und trocknete rasch die nassen Wege.

Nach Einbruch der Dunkelheit verließen zwei dicht verkleidete Frauengestalten das Werkheim des Gaus und wanderten zu Fuß in der Richtung nach Süden.

Die Veranschaulichung der Frau von Düring hatte recht gehalten. In Wertheims Hause, dem Heim eines Offiziers, fragte niemand die Spionin.

Aber Helen hatte sich entschieden geweiht, ein Auto rufen zu lassen.

„Es würde auffallen. Rumal fast sämtliche Autos für die Militärverwaltung beschlagnahmt sind. Gehen Sie zu Fuß oder nehmen Sie sich am Bahnhof ein Auto. Ich habe getan, was ich konnte, mehr schon, als ich verantworten kann.“

Die junge Frau sprach festhaft bestimmt. Diesen Ton hatte Emah von Düring noch nie von ihr gehört.

„Es ist überhaupt besser, wir laufen erst einige Stunden zu Fuß, anständige Frau.“ sagte Mary lachend zu der Spionin, als sie Seite an Seite durch die dunklen Straßen schritten. „Die Autos werden jetzt oft durchsucht, und auch am Bahnhof dürfte es nicht leicht sein, durchzukommen. Wir gehen erst einige Stunden und steigen dann am nächsten kleinen Halteplatz ein. Am besten wäre es überhaupt, wir liefen bis Sambura.“

„Am Gottschwillen, Mary, wie soll ich das denn aushalten?“

„Es wird schon...hen. Wir können ja unterwegs übernachten, wenn wir zu müde sind.“

Am folgenden Tage, es war kurz vor Mittag, kam Herr von Wertheim nach Hause. Er befand sich in bester Laune, die Probefahrt war glänzend verlaufen und alle Teilnehmer zeigten sich aufs höchste erfrischt und erfreut über die außerordentliche Leistungsfähigkeit des neuen Bootes.

Der Erbauer des Bootes, der Technische Direktor einer großen Schiffswerft an der Weser, hatte vor Glück gestrahlt über das Gelingen seines Wertes. Der kleine, schwächliche, unerschrockene Mann war bei Beginn des Kreuzes unglücklich, daß er dem Vaterlande nicht mit der Waffe in der Hand dienen durfte. Nun sah er, daß ein rechter Mann dem Vaterlande auch auf andere Weise nützen konnte.

Und glücklich war auch Alfred Wertheim. Hatte er doch heute nach vollendeter Probefahrt den Befehl erhalten, das neue Boot zu führen.

Unbegrenzte Möglichkeiten lagen ihm auf. Die off hatte er die geringe Geschwindigkeit seiner allen Sieben bedauert. Und nun? In seiner freudigen, gehobenen Stimmung bemerkte er zuerst gar nicht, daß Helen seltsam still und bedrückt war. Als sie sich aber noch Tisch am Pamin gegenüberliefen, fiel ihm ihr sonderbares Wesen doch auf.

„Sag, Helen, fehlt Dir was?“ fragte er nach einer Pause und blinzte ihr prüfend in die Augen.

„Nichts, was sollte mir fehlen? Warum fragst Du?“ Er schrak und sah sinnend vor sich nieder.

„Was mußt du denn wieder einmal sein?“

„Hast Du Nachricht von London bekommen?“ fragte er aus seinen Gedanken heraus.

„Nein, Fred. Warum fragst Du so sonderbar?“

„Muß ich Dir das erst sagen, Helen? Empfindest Du es nicht selbst?“ Er lachte nach ihrer Sand und hielt sie fest.

„Seit wann hast Du kein Vertrauen mehr zu mir? Du sagst, Du hast keinen Brief bekommen — was ist es dann, was Dich bedrückt?“

„Aber ich habe nichts! Wirklich gar nichts!“ Sie wurde verwirrt, ihr Gesicht überzog sich mit dunkler Röde.

„Sie stand auf und trat ans Fenster. „Ich weiß nicht, was Du hast. Wie ein Untersuchungsrichter forschst Du mich an. Man kann doch nicht immer lustig sein!“

„Natürlich kann man nicht immer lustig sein. Und wenn Du mir nichts zu sagen hast, dann ist es gut. Vertrauen löst sich nicht erzwingen. Nur — natürlich — ich muß mich erst daran gewöhnen. Bis jetzt hatten wir noch nie Geheimnisse voreinander.“

Da konnte sie ihre Fassung nicht mehr aufrecht halten. Sie ging zum Sofa, warf die Arme über die Lehne und schluchzte herzbrechend.

„Na, na, was denn? Helen, Liebste, was ist denn nun wieder? Komm, laß, was Dir fehlt. Ich möchte doch sofort, daß etwas nicht in Ordnung war. Ich kenne doch meine kleine Schöne Frau.“

Erneute Tränen waren die Antwort.

Einige Minuten waren er sie gewöhnt, dann hob er ihren Kopf hoch. „So, nun ist's aber genau! Komm, nun sei endlich vernünftig. Sage mir, was Dich drückt, sonst werde ich ernstlich böse.“

„Ich schäme mich so.“ kam es stotternd von den zuckenden Lippen.

„Schämst Du?“ verwundert fragte es Wertheim. „Hast Du Grund, Dich zu schämen?“

Sie nickte. Dann aber hob sie entschlossen den Kopf, trocknete ihre Tränen und versuchte, sehr gefasst auszusprechen.

„Seit wann bist Du in der Stadt, Fred?“

„Seit wann? Seit heute früh? Warum fragst Du?“

„Hast Du noch nichts gehört? Von irgend etwas, was hier abgegangen ist?“

Er schüttelte verwundert den Kopf. „Ich wüßte nichts Besonderes. Am übrigen kommen jetzt so viele Dinge vor, daß man unmerklich von allem hören kann. Aber was meinst Du denn? Ist es etwas, was uns angeht?“

„Hast Du Herrn von Düring gesehen?“

„Aber natürlich. Er war ja mit zur Probefahrt. Verdrängte hielt er sich noch im Dock auf, als ich nach Hause ging.“

„Und niemand hat ihm etwas gesagt?“

„Aber Helen, wie soll ich das wissen? Sag mir endlich was das alles bedeutet. Du mußt mich ganz nett mit Deinen sonderbaren Fragen. Was ist's mit den Türingen?“

Da erzählte sie ihm alles.

Die Frau von Düring zu ihr gekommen sei, und wie sie sie in der Nacht und bis zum andern Abend beherbergt habe. Wertheim stieß einen leisen Wuff aus. Ab! Als doch! So hatte seine damalige Vermutung doch auf die rechte Fährte geführt.

Als Helen geendet sagte sie: „Ich weiß wohl, daß ich es nicht hätte tun sollen. Aber ich konnte nicht anders. Und dann — sie war meine Landsmännin, ich war also verpflichtet, ihr zu helfen.“

Wertheim ging einige Male im Zimmer auf und ab. Unruhig folgten ihm Helens Augen.

„Was müde er sagen, würde er sehr böse sein?“

„Nun ja, Fred!“ rief sie ihm schließlich zu.

„Er blieb neben ihr stehen. „Was soll ich denn nun sagen? Was soll ich mit Dir machen? Wie unangenehm die ganze Geschichte für mich ist, brauche ich Dir wohl nicht erst zu erklären?“

„Aber, Fred! Würdest Du nicht ebenso behandelt haben, wenn ein Landesmann Schuß bei Dir geschüt hätte?“

„Gericht nicht, Helen. Du bist nicht irgendeiner! Du bist in erster Linie ein Deiner Gatten Rüstst zu nehmen. Unterbrich mich nicht, Kind! Sieh, ich verstehe ja ganz gut Dein Gefühl — das Gefühl der Einmischung einer Landsmännin gegenüber.“

Aber diese Landsmännin ist eine Spionin, die um Schmuck des Geld — deutsche Pläne und Geheimnisse preisgibt. Aber ebenso würde sie auch die der Engländer verraten, wenn sie genug dafür geboten bekäme. Denn eine Frau, die so rücksichtslos und kaltblütig ihren Gatten opfert, die ist für alles fähig.“

„Aber was hat denn Herr von Düring damit zu tun? Ich will ihre Handlungsweise nicht beklagen, aber schließlich geht es ihn ja gar nichts an!“

„Nicht? Glaubst Du, man wird ihm nicht zur Verantwortung ziehen? Man muß doch schließlich sofort denken, daß er nachlässig mit geheimen Zeichnungen und Plänen umgegangen ist.“

„Herr von Düring hat aber nichts damit zu tun. Sie hat andere Gewissensmänner gehabt. Wenigstens sprach sie mit von jemandem, ich weiß nur nicht mehr, um wen es sich handelte, da ich in jenem Augenblick halb besinnungslos vor Schreck war.“

„Warum hast Du das Welt nicht vor die Türe geschickt, Helen? Dich so aufzuregen! Zudem scheint Du gar keinen Begriff zu haben von dem, was Du getan hast.“

„O doch, Fred! Ich weiß ganz genau, daß ich es nicht durfte. Aber trotz alledem! — Behst Du, wie Frau von Düring zu der — zu dieser Sache gekommen ist?“

„Na?“

„Durch mich!“

„Nur keinen Aufsat, Kind. Wieo durch Dich?“

„Papa war ihr Auftraggeber. Und durch mich, oder vielmehr durch das Besorgen meiner Briefe ist sie erst zu Papa gekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung

Die der Stadt Friedberg für März geworbene

Petroleumzuteilung

ist jetzt (rechnerisch) erfolgt der Verkauf des Oeles von Freitag, den 22. d. Mts., ab, auf Grund neuer Karten, die an diesem Tage auf Zimmer Nr. 9 des Stadthauses, in den Wäldern ein- und ausgegeben werden. Die Besondere Karte enthält die Besondere Verteilung des Oeles.

Fried. Domin. Vogler,
Bürgermeister Friedberg,
Städt. Wohnz.
Städt. Wohnz.

Städt. Wohnz.
Städt. Wohnz.

Städt. Wohnz.
Städt. Wohnz.

Städt. Wohnz.
Städt. Wohnz.

Friedberg, den 20. März 1918.
Der Bürgermeister,
J. B. Damm.

Bez. Die Bevölkerung der Stadt Friedberg.

Bekanntmachung

Hierdurch bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß der Verkauf von Holz, und Restholz sowie Bast für die Holzwerke am Freitag, den 22. März 1918, von nachmittags 1 Uhr ab in den städtischen Hofgärten abgehalten wird.

Schmelzschiff gelangt diesmal nicht zur Ausgab.

Die vorstehende Verkaufszeit ist genau einzuhalten.

Friedberg, den 21. März 1918
Der Bürgermeister,
J. B. Damm.

Bekanntmachung.

Nächsten Freitag, den 22. März, vertellen wir in der alten Post

frische Land-Eier

Zeile neilung wie bei der Verteilung.
Es werden abgegeben:

Auf Eierkarte aeld, Marke 20, 1 Ei zu 33 Pfg., auf abgeleimelte rote Eierkarte, Marke 21, 2 Eier zu 66 Pfg. Gegen Vorlage der kreisamtlichen Bescheinigungen auf abgestempelte rote Eierkarte, Marke 22, 2 Eier zu 66 Pfg.

Die Eierkarte sind mit vorzulegen. Nicht abgestempelte rote Eierkarte sind unzulässig. Eierkarte ohne die betreffenden Marken berechtigen nicht zum Bezug; einzeln abgetrennte Marken sind wertlos.

Das Geld ist abgezählt bereit zu halten.

Friedberg, den 20. März 1918.
Städt. Lebensmittel-Ausschuß.

Putzausstellung

Die geschriebenen Damen von Friedberg und Umgegend werden eingeladen. Es sind reizende

Damen- und Kinderhüte am Lager, welche zu den angenehmen Preisen abgegeben werden.

Clementine Stern,
Friedberg, Kaiserstraße 61, gegenüber der Engel-Apotheke.

Seidenfreier

Rotklee-Samen

in bester Keimfähigkeit ist erhältlich bei

Kornhaus Hanau am Main,
Friedrichstraße 245, 246 u. 247.

Saatweizen u. Saatgerste

anerkannte Saat in guten Sorten mit hoher Keimfähigkeit hat die

Central-Genossenschaft

der hess. landw. rtschaftl. Konsumvereine e. G. m. b. H., Friedberg i. H.

abzugeben. Saatkarren werden durch uns beschafft.

Ohne Frage

tauigen Sie

Tapeten, Linoleum, Leisten, Farben, Lacke, Pinsel,

nirgends besser, nirgends billiger wie bei

Adolf Bechstein,

Am all. Postam. Friedberg i. H. Schulstr. 15.
Telefon Nr. 450.

Größtes Lager am Platz!

Reiservefen

alle Sorten Wärfen, Wäfen, Ertiegel, Toilette-Weißel, prima Wasser- u. Toilette-seife, prima Petroleum- und Parfettwachs

alles in großer Auswahl.
Theobald Steinel
Wärfenfabrik
Friedberg, Kaiserstraße 117.

Brennholz.

Bestellungen nimmt entgegen
Fr. Schmitt,
Schellhol,
Post Schotten, Fernsprecher 216

Besten schnell und billig
Wärfenfabrik
Friedberg, Kaiserstraße 117.

Die Gemeinde Wibel such einen jungen

Zuchtbulle

anzukaufen. An-ebow sind unter Anzobd von Ra- e und Vier bis zum 28. März bei uns einzureichen.

Bürgermeisterei Wibel.
J. B. Damm.

Das Herstellen von abwaschbaren

Kragen, Manschetten, Vorhemden

übernimmt
Fr. Weber, Friedberg.

Salat-Pflanzen

extra schön abgehärtet
100 Stück Mf. 3.00 bei
1000 Stück Mf. 25.00

Dewalds Gartenbau

Bad-Nauheim,
Frankfurterstraße 65, Telefon 631.
Bestand auch durch die Post!

Deutscher Knochenbrü-Extrakt

in Dosen von ca. 950 Gramm
a Mf. 3.50
empfehl

Friedrich Michel Friedberg.

Besten schnell und billig
Wärfenfabrik
Friedberg, Kaiserstraße 117.

Besten schnell und billig
Wärfenfabrik
Friedberg, Kaiserstraße 117.

Besten schnell und billig
Wärfenfabrik
Friedberg, Kaiserstraße 117.

Besten schnell und billig
Wärfenfabrik
Friedberg, Kaiserstraße 117.